



Strategiepartei

Unser Programm

Basel 2013

Vorwort

Das Programm der Strategiepartei (STP) wurde anlässlich der Gründungsversammlung vom 11. Oktober 2011 in Basel verabschiedet. Es enthielt allerdings nur einen strategischen Teil. Wir gelangten später zur Überzeugung, dass zusätzlich auf die Schweizer Politik einzugehen ist. Deshalb wurde das Parteiprogramm um einen zweiten Teil „Aktuelle Schweizer Politik“ auf der Grundlage der Themenbereiche der Smartspiderachsen ergänzt. Das so erweiterte Programm wurde an der ersten ordentlichen Generalversammlung vom 16. Oktober 2012 beschlossen.

Auffallend ist, dass die Umsetzung des strategischen Teils unseres Programms zahlreiche Themenbereiche der acht Smartspiderachsen weitgehend obsolet macht, insbesondere aufgrund der Reduktion der Überbevölkerung und der Einführung eines Weltstaates. Dies beweist die Bedeutung strategischer Politik.

Dr. Luc Saner
Präsident

Dr. Christoph Meier
Vizepräsident

Inhalt

I. Strategie

1. Einleitung.....	3
2. Sinnsuche, zweite Aufklärung und aktueller Sinn	4
3. Staatsleitung	5
4. Wirtschaftspolitik	8
5. Bevölkerungspolitik, nachhaltige Entwicklung und Lebensqualität	9
6. Religionen	10
7. Partnerschaft und Familie.....	12
8. Studium generale.....	13
9. Globaler, holistischer Think Tank.....	14
10. Die nächsten Schritte.....	15

II. Aktuelle Schweizer Politik

1. Einleitung.....	16
2. Offene Aussenpolitik	17
3. Liberale Wirtschaftspolitik.....	18
4. Restriktive Finanzpolitik	22
5. Law and Order.....	22
6. Restriktive Migrationspolitik	24
7. Ausgebauter Umweltschutz.....	25
8. Ausgebauter Sozialstaat	26
9. Liberale Gesellschaft.....	27
10. Obsoletes.....	28

III. Quellenangaben

1. Primärliteratur	30
2. Elektronische Quellen	30

IV. Kontakt

1. Anschrift.....	31
2. So erreichen Sie uns	31
3. Bankverbindung	31

I. Strategie

1. Einleitung

In der heutigen komplexen Welt fehlt es an der Übersicht. Die Politik neigt dazu, sich im Tagesgeschäft zu verlieren. Die Strategiepartei will sich über das Tagesgeschäft hinaus mit den drängenden und grossen Problemen der Gegenwart beschäftigen. Diese Probleme sind globaler Natur und benötigen eine globale Antwort. Die Strategiepartei will deshalb politisch global tätig sein.

Um diese Probleme zu erkennen und soweit möglich zu lösen, kann sich die Strategiepartei auf das Programm und die Schriften der Basler Gesellschaft Au Bon Sens stützen (www.aubonsens.ch). Die Basler Gesellschaft Au Bon Sens ist ein Think Tank, der sich seit Jahrzehnten mit grundlegenden Fragen beschäftigt. Ausgangspunkt des Programms der Basler Gesellschaft Au Bon Sens ist die Suche nach dem Sinn des Daseins – eine interdisziplinäre wissenschaftliche Arbeit. Beim heutigen Wissensstand geht es darum, die sinnvollen Ziele der kosmischen, biologischen und kulturellen Evolution zu suchen. Gleichzeitig soll der aktuelle Sinn bestimmt werden.

Die Strategiepartei will das Programm der Basler Gesellschaft Au Bon Sens umsetzen und weiterentwickeln. Dementsprechend ist unser politisches Programm wie das Programm der Basler Gesellschaft Au Bon Sens auf einen Zeithorizont von 100 Jahren angelegt, wobei einzelne Punkte schon früher umgesetzt werden können. Wir denken international und interdisziplinär und sind sowohl in der Breite als auch in der Tiefe gut informiert. Ganz besonders wichtig ist es für uns, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu kennen und zu befriedigen: Für uns ist der Staat der Diener der Bevölkerung. Aufgrund unseres holistischen Ansatzes und unserer fundierten Ideen sind wir besser als andere Parteien in der Lage, den Staat so zu organisieren, dass diese Bedürfnisse auch tatsächlich umfassend erkannt und befriedigt werden resp. die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Bevölkerung ihre Bedürfnisse

selbst befriedigen kann. Die Bewertung der Bedürfnisse erfolgt anhand des aktuellen Sinns, was als Synthese bezeichnet werden soll.

Im Folgenden können wir nur die wichtigsten Punkte unseres Programms und diese nur verkürzt darstellen. Für ein tieferes Verständnis unserer Ideen ist es unumgänglich, die in den Quellen zitierten Schriften zu studieren. Dies gilt insbesondere bei gewissen Tabuthemen wie Religionen, Bevölkerungspolitik oder Weltstaat, ansonsten das Risiko besteht, Vorurteilen oder Missverständnissen aufzusitzen. Doch Sie müssen am Ende selbst beurteilen, ob wir die richtigen strategischen Themen ausgewählt haben und ob Sie unsere Lösungen überzeugen.

Quellen

Programm der Basler Gesellschaft Au Bon Sens, 2. Auflage, Basel 2009

2. Sinnsuche, zweite Aufklärung und aktueller Sinn

a) Da der Sinn des Daseins nicht bekannt ist, an dem sich unser Verhalten ausrichten könnte, ist dieser Sinn zu suchen. Dabei verstehen wir unter dem Sinn des Daseins nicht nur den Sinn des Lebens oder gar eines einzelnen Lebens, sondern den Sinn aller Erscheinungen, also des ganzen Universums.

Die Tatsache, dass der Sinn des Daseins nicht bekannt ist und deshalb auch nicht autoritär festgelegt werden darf, muss in diesem Zusammenhang zu einer grundsätzlich demokratischen und liberalen Position führen. Allerdings kann die Sinnsuche nicht allein eine Aufgabe des einzelnen Menschen sein, da er damit völlig überfordert wäre. Nichtsdestotrotz muss sich der einzelne Mensch mit Sinnfragen beschäftigen.

b) Die Suche nach dem Sinn des Daseins, genauer den sinnvollen Zielen der kosmischen, biologischen und kulturellen Evolution, ist vornehmlich eine interdisziplinäre wissenschaftliche Aufgabe und richtet sich in erster Linie an die Naturwissenschaften, unter Berücksichtigung philosophischer Fragen. Internationale Zusammenarbeit ist unumgänglich. Dies betrifft z.B. die Kosmologie, Raumfahrt, Quantenmechanik, Computertechnologie, Gentechnolo-

gie und die Hirnforschung. Diese Sinnsuche soll das grosse gemeinsame Projekt der Menschheit werden. Mit der Idee der Sinnsuche soll der Menschheit die gemeinsame Grundlage vor Augen geführt werden, auf der sie sich über alle Grenzen hinweg vereinigen kann. Sie soll zu einem Abbau unnötiger ideologischer Konflikte führen. Es soll vermehrt das Verbindende statt das Trennende aufgezeigt werden. Dabei hilft ein gemeinsames naturwissenschaftliches Weltbild. Alle diejenigen, welche in den Bereichen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft bedeutende Entscheide zu treffen haben, sind dazu aufgerufen, die Sinnsuche zu fördern.

c) Mangels Kenntnis des Sinns des Daseins muss der jeweils aktuelle Sinn bestimmt werden, an dem sich unser Verhalten ausrichten kann. Der aktuelle Sinn besteht unserer Meinung nach darin, komplexe Strukturen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Komplexe Strukturen können sowohl physischer als auch geistiger Natur sein. Damit wird die kulturelle Evolution auf eine ausreichend breite Grundlage gestellt.

d) Im Zusammenhang mit der Sinnsuche ist eine zweite Aufklärung einzuleiten, die Geistes- und Naturwissenschaften zusammenführt. Sie soll über den Bereich der Wissenschaften hinaus auch in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft ausstrahlen.

e) Ein weit verbreitetes Studium generale unterstützt die Sinnsuche und die zweite Aufklärung.

Quellen

Der Sinn des Daseins, Basel 2000

Ziele, Basel 2010

Grundlagen des Studium generale, Basel 2008

3. Staatsleitung

a) Der Staat ist die einzige Organisation aller. Deshalb steht er in einer umfassenden Verantwortung, ähnlich derjenigen einer Rückversicherung („Last Resort“).

b) Der Staat muss als Organisation aller so organisiert sein, dass er die synthetisierten Bedürfnisse der Bevölkerung optimal befriedigt, dabei aber vor allem die Voraussetzungen schafft, dass diese Bedürfnisse in angemessener Weise von der Bevölkerung selbst optimal befriedigt werden können. Dies ist das oberste Staatsziel. Der Staat muss zwar an alles denken, er darf aber nicht alles beherrschen. Die Synthese der Bedürfnisse erfolgt anhand des aktuellen Sinns. Dieser besteht, wie erwähnt, in der Erhaltung und Weiterentwicklung komplexer Strukturen.

c) Um das oberste Staatsziel zu erreichen und einen Staat zu führen, ist die Staatsleitung so zu organisieren, dass ein geschlossener und folgerichtiger Ablauf sichergestellt ist. Der Staat soll folglich in acht Schritten geführt werden:

- Im ersten Schritt müssen die Bedürfnisse der Bevölkerung ermittelt werden.
- Im zweiten Schritt sind die Bedürfnisse untereinander und aufgrund ihrer Bedeutung im Gesamtzusammenhang zu bewerten, der sogenannten Synthese. Dabei dient der aktuelle Sinn als Massstab.
- Im dritten Schritt sind aufgrund der synthetisierten Bedürfnisse die Staatsziele festzulegen, die zur Befriedigung dieser Bedürfnisse führen.
- Im vierten Schritt sind diese Staatsziele umzusetzen, sei dies durch die Rechtsetzung oder durch NPM-Instrumente wie Produkte und Leistungsaufträge.
- Im fünften Schritt sind neben der Anwendung der Rechtsetzung die Produkte herzustellen und die Leistungsaufträge zu erfüllen.
- Im sechsten Schritt ist das System zu kontrollieren.
- Im siebten Schritt ist das System zu falsifizieren. Dies erheischt eine Zufriedenheitsanalyse bei der Bevölkerung und eine Evaluation des Staatssystems.
- Im achten Schritt ist das System wo nötig zu reformieren.

d) Im vierten Schritt ist vor In-Kraft-Treten der Rechtsetzung ein Praxistest durchzuführen. Dieser kann anhand von repräsentativen Fällen abstrakt oder

durch konkrete Planspiele erfolgen. Erst die Praxistests legen die vielfältigen Zusammenhänge der Rechtsetzung und die Vollzugsprobleme offen.

e) Das Strafrecht ist durch ein Durchsetzungsrecht zu ersetzen. Die Durchsetzung der Rechtsnormen darf nicht vorwiegend durch rein pönale, wenig differenzierte Sanktionen geschehen, sondern muss durch entsprechend ausgestaltete Massnahmen verschiedenster Art erfolgen, deren Effektivität und Effizienz erwiesen ist.

f) Ein Weltstaat hat gegenüber dem aktuellen Modell der Nationalstaaten den Vorteil, dass die acht Schritte des Staatsleitungsmodells besser zu bewältigen sind. So sind Staatsziele wie die Sinnsuche, die Nachhaltigkeit und wirtschaftliche Ziele mit einem Weltstaat optimal verfolgbar, weil sie nicht mehr durch einzelstaatliche Partikularinteressen blockiert werden. Die Organisation eines Weltstaates ist zudem einfacher und transparenter als die Koordination vieler Nationalstaaten durch zwischenstaatliche Verträge und Organisationen. Reformen können im globalen Massstab schneller eingeleitet und umgesetzt werden. Der Abbau nationalistischer Vorurteile gegenüber anderen Kulturen führt zu einer grösseren kulturellen Vielfalt eines Weltstaates. Zur Verhinderung von Machtballungen ist der Weltstaat föderalistisch auszugestalten – er soll nicht zentralistisch, „von oben“ aufoktroziert werden, sondern sich aus einem System immer stärkerer Zusammenarbeit der einzelnen Staaten über einen internationalen Staatenbund zum Bundesstaat entwickeln. Der Weltstaat ist Diener und Motor einer aufgeklärten Weltgesellschaft.

Quellen

Ein Staatsleitungsmodell, Basel 2000

Staatsleitung und politische Parteien, Basel 2008

Praxistest der Rechtsetzung, Basel 2012

Vom Strafrecht zum Durchsetzungsrecht, Basel 2007

Der Weltstaat, Basel 2008

New Public Management, Basel 2006

4. Wirtschaftspolitik

a) Aufgrund seiner umfassenden Verantwortung hat der Staat auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu setzen. Die Ausgestaltung dieser Rahmenbedingungen erfolgt anhand der synthetisierten Bedürfnisse im Rahmen der Wirtschaftspolitik.

b) Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik muss namentlich die Bedürfnisse nach Rang und Macht synthetisieren. Die Bedürfnisse nach Rang und Macht stammen aus der biologischen Evolution des Menschen, haben aber in der heutigen kulturellen Evolution nicht mehr dieselbe Berechtigung. Da diese Bedürfnisse regelmässig mit Statussymbolen einhergehen, führen der hohe Ressourcenverbrauch und die entsprechende Umweltbelastung durch diese Statussymbole in Kombination mit einem ungebremsten Wachstum von Bevölkerung und Wirtschaft zu einer Gefahr für die kulturelle Evolution.

c) Aktuell wird im Gleichklang mit einer nicht mehr nachhaltigen Wachstumsideologie und in Ermangelung einer umfassenden, tragfähigen Weltanschauung der „Markt“ zur weltweiten Religion erhoben. Eine derartige ideologische Monokultur muss scheitern. Es ist darauf hinzuwirken, diese eindimensionale ökonomische Sichtweise zurückzudrängen. Mit dem Ziel, das Wirtschaftswachstum beschränken zu können, ist die Geldpolitik zu analysieren und allenfalls entsprechend anzupassen.

Quellen

Grundlagen des Studium generale, Basel 2008

Ein Staatsleitungsmodell, Basel 2000

Partnerschaft und Familie, Basel 2006

Der 11. September, Basel 2002

Statussymbole, Basel 2008

Die Wachstumsspirale in der Krise – Ansätze zu einer nachhaltigen Entwicklung, Zürich 2009

5. Bevölkerungspolitik, nachhaltige Entwicklung und Lebensqualität

a) Der in der entwickelten Welt verbreitete Lebensstandard mit einer entsprechend hohen Lebensqualität kann nicht aufrechterhalten werden, solange der Ressourcenverbrauch, die Umweltbelastung und die Bevölkerungszahl zunehmen. Zur Sicherung dieser Lebensqualität müssen globale Massnahmen ergriffen werden, insbesondere auch dann, wenn diese Lebensqualität allen Menschen zukommen und gar noch gesteigert werden soll.

Bevölkerungszahl, Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung müssen deshalb in ein stabiles Gleichgewicht gebracht werden. Dieses Gleichgewicht ist zeitlich dann stabil, wenn es für alle zukünftigen Generationen unverändert bleibt. Dies erscheint zurzeit global als nicht möglich; auch regional erscheint dies allenfalls zeitlich befristet in einem gewissen Umfang möglich. Für die Schweiz wurde zum Beispiel errechnet, dass sie bloss eine Million statt der heute rund sieben Millionen Einwohner beherbergen dürfte, wenn sich diese Einwohner allein auf die landeseigenen, erneuerbaren Ressourcen stützen könnten.

b) Nach der hier vertretenen Meinung besteht der sinnvollste, sicherste und logischste Weg in dieser Situation darin, die Bevölkerung derart zu reduzieren, dass ihre Zahl im Verhältnis zu ihrem Ressourcenverbrauch und der Umweltbelastung den Grundsätzen der Nachhaltigkeit genügt. Angesichts der für die Schweiz und andere entwickelte Staaten berechneten Zahlen und um der dritten Welt eine angemessene Entwicklung zu ermöglichen, sollte, grob geschätzt, eine generelle Reduktion der Weltbevölkerung auf durchschnittlich einen Zehntel des heutigen Bestandes angestrebt werden. Dies ergibt neu eine Weltbevölkerung von 600 Millionen Menschen. Dies führt bei einer totalen Landfläche von knapp 150 Millionen km^2 zu einer Bevölkerungsdichte von rund vier Menschen pro km^2 , entspricht also der heutigen Bevölkerungsdichte Australiens und Kanadas.

Bei der anzustrebenden Bevölkerungsreduktion sind die regionalen Reduktionen nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit zu bemessen. Parallel dazu ist es unumgänglich, Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung insbesondere durch technische Massnahmen zu beschränken. Es besteht die Hoffnung,

dass durch den technischen Fortschritt eine nachhaltige Entwicklung ermöglicht wird, ohne dass die Bevölkerungszahl derart stark reduziert werden muss. Massnahmen im Hinblick auf eine langfristige Reduktion der Bevölkerungszahl müssen so rechtzeitig eingeleitet werden, dass sie allein über Anreizsysteme und Überzeugungsarbeit verwirklicht werden können. Zwang ist fehl am Platz. Man muss sich aber bewusst sein, dass in zahlreichen Politikbereichen stets Bevölkerungspolitik betrieben wird, ob man will oder nicht. Massnahmen in den Gebieten Steuern, Familienpolitik, Sozialversicherungen, Raumplanung, Bildungspolitik, Ausländerpolitik und Migration wirken sich stets auf die Bevölkerungszahl aus. Ein grundlegender und unverzüglicher Strategiewechsel in diesen Bereichen ist heute zwingend, um unkontrollierbare Zustände grösseren Ausmasses als Folge einer falschen Bevölkerungspolitik zu vermeiden.

c) Mit einer signifikanten Bevölkerungsreduktion sind eine Vielzahl weiterer Vorteile, zum Beispiel in der Ausländer- und Arbeitsmarktpolitik, verbunden. So ist anzunehmen, dass bei einer Weltbevölkerung von einer halben Milliarde Menschen deutlich weniger Wanderungsbewegungen nötig und zudem besser verkraftbar sind als heute. Weiter ist damit zu rechnen, dass ein Rückgang der Arbeitskräfte die Arbeitslosigkeit eher vermindert als das heute herrschende weltweite Bevölkerungswachstum von jährlich etwa 80 Millionen Menschen. Schliesslich führt die Bevölkerungsreduktion zu einer deutlichen Steigerung der Lebensqualität, da der heutige Dichtestress entfällt.

Quellen

Ziele, Basel 2010

Verleugnung der Grenzen des Wachstums, Basel 2006

6. Religionen

a) Die heutigen Weltreligionen (Christentum, Islam, Buddhismus, Hinduismus und Judentum) beschäftigen sich mit der Frage nach Gott und der Schöpfung, dem Ende des weltlichen Daseins, der Idee der Wiedergeburt und

dem Tod, stellen Verhaltensregeln auf und verehren ihre Propheten und Religionsgründer. Trotz diesen im Wesentlichen übereinstimmenden Fragestellungen sind die Antworten oft verschieden. Allein schon dies lässt Zweifel am Wahrheitsgehalt dieser Religionen aufkommen, insbesondere da sich auch keine Anhaltspunkte dafür finden lassen, dass eine dieser Religionen sich vor allen anderen auszeichnet. Vielmehr drängt sich die Annahme auf, dass all diese Religionen nicht göttlicher, sondern menschlicher Herkunft sind. Dies gilt umso mehr, als ihre Inhalte durchwegs den Vorstellungen der Zeit entsprechen, in der ihre Verkünder lebten.

b) Die Stärken der Religionen sind bei dieser Sicht der Dinge weniger ihre Antworten als ihre Fragen. Die auffällige Übereinstimmung der religiösen Fragestellungen lässt vermuten, dass damit wichtige menschliche Bedürfnisse angesprochen werden. Diese Bedürfnisse dürfen nicht negiert werden. Doch sind religiöse Fragestellungen auf der Grundlage der naturwissenschaftlichen Vorstellungen über die Evolution zu beantworten. Wenn die naturwissenschaftlich begründeten Evolutionstheorien gegenüber den Religionen als Weltbild bevorzugt werden, beruht dies auf verschiedenen Überlegungen. So werden die einschlägigen Theorien durch Experimente falsifiziert und haben sich in unzähligen Anwendungen bewährt. Zudem entsprechen sie dem neuesten Stand der Wissenschaften und werden laufend aktualisiert. Es besteht ein steter Wettbewerb um die besten Ideen, an der eine Vielzahl von international tätigen Wissenschaftlern beteiligt ist. Auswahl und Wissen der entsprechenden Wissenschaftler weisen darauf hin, dass sie die „Verständigsten“ sind. Schliesslich lässt sich trotz vieler Lücken ein überzeugender Zusammenhang der Theorien aufzeigen, nämlich die Idee einer umfassenden Evolution.

c) Es ist eine Tatsache, dass sich Staat und Kirche nicht vollständig trennen lassen. So prägen viele kirchliche Traditionen das Staatswesen und damit auch den Alltag der Bevölkerung, wie z.B. Vereidigungsrituale in der Politik, kirchliche Feiertage, Kirchensteuern und Religionsunterricht an staatlichen Schulen. Diese staatlichen und gesellschaftlichen Elemente der Religion sind zu ersetzen.

d) Dementsprechend hat die Basler Gesellschaft Au Bon Sens die religiösen Fragen beantwortet und neue Rituale samt entsprechender Symbolik entwick-

kelt. Die Strategiepartei unterstützt die Weiterentwicklung und Verbreitung dieser Ideen mit dem Ziel eines evolutionär geprägten Weltbildes.

Quellen

Religionen, Rituale und Symbole, Basel 2002

Evolution und Religionen, Basel 2004

Evolution, Gott und Wahrheit, Basel 2008

7. Partnerschaft und Familie

a) Auffallend ist die Vielfalt von Partnerschaftssystemen, die der Mensch weltweit aufweist. Rund um die Partnerschaft bestehen beim Menschen verschiedene weitere Formen des Zusammenlebens, in der Regel im Rahmen der verwandtschaftlichen Beziehungen, sogenannter Familien. Allerdings zeigt sich in den westlichen Ländern eine deutliche Tendenz zum Alleinleben. Im Resultat empfiehlt es sich, ein möglichst flexibles System zu schaffen, um wechselnden Bedürfnissen und Umweltbedingungen Rechnung tragen zu können. Dies bedeutet, dass nicht nur eine, sondern verschiedene Partnerschaften und Familien rechtlich möglich sein sollten. Unterschiede sind zum Beispiel sinnvoll für monogame oder polygame oder homosexuelle Partnerschaften, für Partnerschaften mit oder ohne Kinder, für Partnerschaften mit hauptsächlich haushaltführendem oder ohne hauptsächlich haushaltführendem Partner, für Partnerschaften mit verschiedenen Vermögens- und Einkommensverhältnissen der Partner, für Partnerschaften mit oder ohne gemeinsamen Haushalt und für Partnerschaften mit Einbezug Dritter, insbesondere Verwandter, in das Zusammenleben. Zum Schutz der schwächeren Partner empfehlen sich zwingende Regelungen unterschiedlicher Natur, insbesondere zum Schutz der Kinder.

b) Zur Hilfestellung und zur Forschung ist ein sogenanntes «Institut für Partnerschaft und Familie» einzurichten. Dieses Institut steht bei der Gründung, beim Verlauf und bei der Auflösung von Partnerschaften und Familien mit

Rat und Tat zur Verfügung. Das Institut wird von der Strategiepartei bei der Gründung und bei seiner Tätigkeit unterstützt.

Quellen

Partnerschaft und Familie, Basel 2006

8. Studium generale

a) Die Wahrheit ist das Ganze, und eine Universität sollte sich mit dem Ganzen befassen. Ein Studium generale kann helfen, den Überblick zu behalten, das Wesentliche ins Zentrum zu rücken und ein sinnloses Zerfallen der Wissenschaft in zu viele unnötig spezialisierte Fachgebiete zu verhindern. Zahllose Initiativen zur Inter- und Transdisziplinarität belegen die Dringlichkeit eines Studium generale. Das Studium generale stellt grundlegende Fragen und gibt die möglichen Antworten auf einer holistischen Grundlage. Zuerst wird gefragt, woher wir kommen und wer wir sind. Dann wird gefragt, wohin wir gehen sollen. Die möglichen Antworten werden insbesondere aufgrund der kosmischen, biologischen und kulturellen Evolution gegeben.

b) Im Gegensatz zu den existierenden Studia generalia soll es sich bei unserem Studium generale um ein echtes Studium generale handeln. Dies bedeutet, dass es seinen Absolventen das Orientierungswissen und die methodischen Grundlagen vermittelt, worin sich die Fachstudien einbetten lassen. Deshalb kann es als allgemeiner Teil der Wissenschaften dienen. Zu diesem Zweck muss das Studium generale Ziele, eine Systematik, eine Erkenntnistheorie und eine Sprache von entsprechender Allgemeingültigkeit entwickeln. Alle wesentlichen Fachgebiete sollen in den Grundzügen behandelt werden. Damit stellt das Studium generale sicher, dass seine Absolventen das nötige Orientierungswissen erwerben. Auf dieser Grundlage ist es den Absolventen möglich, die Inhalte der anderen Fächer nachzuvollziehen und in ihr eigenes Fach zu integrieren. Zudem sollen die Absolventen praktische Fähigkeiten erlangen, um unsere wissenschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationen führen zu können. Der

holistische Ansatz des Studium generale vermittelt den Absolventen schliesslich einen optimalen Überblick. Angesichts der Dauer der heutigen Fachstudien soll das Studium generale zwei Semester dauern, wobei ein Semester vor und eines nach dem Fachstudium absolviert werden kann.

Zur Umsetzung des Studium generale ist eine eigene Organisation zu gründen.

Quellen

Grundlagen des Studium generale, Basel 2008

9. Globaler, holistischer Think Tank

Obwohl private „Think Tanks“ und die weltweite Verbreitung der Marktwirtschaft als solche zu begrüßen sind, darf die staatliche Ebene nicht durch wenige Private mit eindimensionaler Optik beherrscht werden, wie dies durch Organisationen der privaten Weltpolitik versucht wird. So ist der soziale Friede nicht zu sichern. Und so wird die Vielfalt möglicher Lebensgestaltungen und möglicher Ideen ohne ausreichende Legitimation unterdrückt, was unserer kulturellen Evolution Schaden zufügt. Deshalb ist als Impulsgeber und Instrument der Weltpolitik ein globaler, holistischer (nicht spezifisch wirtschaftlicher) Think Tank zu gründen. Die Basler Gesellschaft Au Bon Sens versucht, diese Aufgabe zu erfüllen. Eine weitere Möglichkeit wäre, dass sich das WEF entsprechend weiterentwickelt. Die Strategiepartei unterstützt jegliche Bemühungen in diese Richtung.

Quellen

Neue Wege der globalen Zusammenarbeit, Zürich 2010

10. Die nächsten Schritte

a) Obwohl die Partei mittelfristig global tätig werden möchte, muss sie auf regionaler und nationaler Ebene ihren Anfang finden. Aus naheliegenden Gründen konzentrieren wir uns am Anfang auf den Kanton Basel-Stadt und später auf die Schweizerische Eidgenossenschaft. In diesen Gemeinwesen sind die Forderungen des politischen Programms – soweit möglich – umzusetzen.

Im Rahmen des Kantons Basel-Stadt soll die Stadt Basel als „Stadt der Ideen“ als Impulsgeber und Ausgangspunkt für die Verbreitung unserer Ideen dienen.

b) Zu diesem Zweck haben wir auf der Grundlage dieses strategischen Teils unseres Programms einen Soll-Ist-Vergleich für die Schweiz und einen Soll-Ist-Vergleich für den Kanton Basel-Stadt sowie einen Phasenplan ausgearbeitet.

c) Schliesslich nehmen wir im Folgenden auf der Grundlage dieses strategischen Teils unseres Programms zu den zentralen Themenbereichen der aktuellen Schweizer Politik Stellung, wie sie sich aus den sogenannten Smartspiderachsen ergeben. Dabei geht es darum zu zeigen, welches unsere Haltung zu aktuellen politischen Themen der Schweizer Politik ist, ohne dass wir diese aktuellen Themen zu einem Schwerpunkt unserer Tätigkeit machen werden. Vielmehr wollen wir uns auf die Umsetzung des strategischen Teils unseres Programms konzentrieren, da die Umsetzung dieses Teils unseres Programms die aktuellen Themen der Schweizer Politik weitgehend obsolet machen wird.

Quellen

Basel – Stadt der Ideen – Geld und Geist, Basel 2005

Ein Staatsleitungsmodell, Basel 2000

Staatsleitung und politische Parteien, Basel 2008

New Public Management, Basel 2006

II. Aktuelle Schweizer Politik

1. Einleitung

Die aktuellen politischen Probleme der Schweiz müssen unter Berücksichtigung des allgemeinen Teils unseres Programms kurzfristig mittels des aktuellen politischen Modells und mittel- bis langfristig mittels des von uns vorgeschlagenen Staatsleitungsmodells bearbeitet werden.

Die aktuellen politischen Probleme der Schweiz ergeben sich unter anderem aus den Smartspiderachsen. Die Smartspiderachsen orientieren sich an den zentralen Themenbereichen der Schweizer Politik. Wir verweisen auf die von smartvote herausgegebene „Methodenbeschreibung smartspider - Grafiken“, 12. Mai 2011, Bern. Aus der Sicht des strategischen Teils unseres Programms nehmen wir zu diesen acht Achsen und den entsprechenden Themenbereichen im Folgenden Stellung.

Aus mehreren Gründen erfolgt diese Stellungnahme lediglich summarisch. So wollen wir uns auf unsere strategischen Ideen konzentrieren und uns nicht in der Tagespolitik verlieren. Zudem ist die Politik schnelllebig, so dass Raum für situative Stellungnahmen bestehen muss. Da weiter die Komplexität der Politik oder besser, die Kompliziertheit der Politik (unnötige Komplexität im Hinblick auf Zielverfolgung), sehr hoch ist, kann im Rahmen dieses Programms ohnehin nur eine summarische Stellungnahme erfolgen. Dabei ist zu beachten, dass auf den ersten Blick unabhängige Themenbereiche miteinander vielfach verknüpft sind. Je mehr Probleme in den einzelnen Themenbereichen nicht gelöst werden können, desto komplizierter wird die Politik, da sich die Probleme gegenseitig aufschaukeln können.

Die Umsetzung des strategischen Teils unseres Programms wird zahlreiche Themenbereiche der Smartspiderachsen weitgehend obsolet machen. Dies zeigt eindrücklich die Bedeutung strategischer Ziele.

2. Offene Aussenpolitik

a) Als Astronauten vor 40 Jahren zum Mond flogen, zeigte am ersten Tag jeder auf sein Land, die USA. Am zweiten Tag zeigte jeder auf seinen Kontinent, Amerika. Und am dritten Tag zeigten alle nur noch auf die Erde, unsere Heimat in einem schier endlosen Weltall. Nun ist dieses Erlebnis nur Wenigen vorbehalten. Unsere Alltagssicht wird vom Kleingruppendenken beherrscht, einem Vermächtnis unserer biologischen Evolution. Gleichzeitig leben wir in einer zunehmend globalisierten Welt, in der das Kleingruppendenken oft optimale Lösungen verhindert. Wir wollen das Kleingruppendenken u.a. dadurch überwinden, indem wir uns Menschen unsere Einbettung in die kosmische und biologische Evolution näher bringen wollen.

Diese Überlegungen und unser Ziel, einen föderalistischen Weltstaat zu schaffen, erheischen eine offene Aussenpolitik. Um einen Weltstaat gründen zu können, auch mit starkem Föderalismus, wird es allerdings Generationen dauern. Zuerst müssen die Nationalstaaten, aber auch die internationalen Organisationen im Sinne unseres Programms reformiert werden. Ein erster und entscheidender Schritt ist die weltweite Verbreitung unseres Studium generale und die globale Tätigkeit unserer Partei.

b) Die Schweiz muss angesichts ihrer vielfältigen Verflechtungen mit dem Ausland eine offensive Aussenpolitik betreiben. Allerdings kommt ein EU- und Eurobeitritt angesichts der aktuellen Krise dieser europäischen Institutionen nicht in Frage. Doch sollte die Schweiz im Rahmen des Möglichen die EU und den Euro unterstützen.

In internationalen Organisationen soll die Schweiz ihre Rolle als Vermittlerin ausspielen.

Internationalen Abkommen gegenüber soll die Schweiz aufgeschlossen sein, jedoch darauf hinwirken, dass diese Abkommen in der Praxis auch eingehalten werden. Drogenpolitische Verträge sollen so abgeändert werden, dass für den hedonistischen Konsum z.B. von Cannabis ein legaler Weg möglich wird.

Entwicklungshilfe ist eher zurückhaltend zu leisten. Von der finanziell geleisteten Hilfe fliesst zumindest ein Teil in die Geberländer zurück, ein weiterer Teil gelangt an die falschen Personen und nur ein kleiner Teil erzielt wirklich die gewünschte Wirkung vor Ort. Zudem kann Entwicklungshilfe falsche Anreize schaffen. Wo und in welchem Umfang Entwicklungshilfe geleistet werden soll, ist vom Zweck der Entwicklungshilfe abhängig. Schliesslich ist Entwicklungshilfe kein taugliches Mittel um Migrationsströme in die Industriestaaten zu reduzieren – sie verschafft im Gegenteil vielen Menschen die Mittel und die Kenntnisse, welche sie zur Auswanderung in wohlhabendere Nationen motivieren. In Notsituationen sind jedoch notwendige direkte Leistungen zweckmässig. Aus all diesen Gründen wollen wir direkt politisch in den Entwicklungsländern tätig werden.

Auslandeinsätze der Armee müssen ein Ausnahmefall bleiben, falls Schweizer Interessen unmittelbar und direkt bedroht sind.

3. Liberale Wirtschaftspolitik

a) Politik im Wesentlichen auf der Grundlage des Liberalismus, der Idee der Freiheit, zu betreiben, ist ein klassischer Fall der Übergeneralisierung, an der Grenze zum Religionsersatz. Unsere Bedürfnisse und unsere möglichen Strategien sind viel zu komplex, um alles über einen Leisten schlagen zu können. Ebenso problematisch ist der Umstand, dass die Idee der Freiheit auf der Idee eines freien Willens beruht. Ein freier Wille lässt sich aber wissenschaftlich nicht belegen, im Gegenteil. Unser Denken und Fühlen und damit unser Wollen beruht auf Veränderungen insbesondere in unserem Gehirn. Unser Gehirn ist ausschliesslich aus physikalischen Strukturen aufgebaut. Veränderungen physikalischer Strukturen beruhen ausschliesslich auf physikalischen Kräften. Es gibt kein entscheidendes Indiz, dass es Veränderungen ausserhalb der Wirkungen der vier bekannten physikalischen Kräfte (elementare Wechselwirkungen) gibt. Unerheblich im Zusammenhang mit den Veränderungen in unserem Gehirn ist die Suche nach einer abstossenden Kraft, die auf kosmischer Ebene von Bedeutung sein könnte. Für die Veränderungen in unserem Gehirn, auf denen unser Denken und Fühlen beruhen, ist der Elektromagne-

tismus verantwortlich (Elektronen-Photonen-Reaktion). Der Elektromagnetismus unterliegt den entsprechenden Naturgesetzen. Diese bestimmen die Veränderungen in unserem Gehirn und nicht ein „freier Wille“. Alle Versuche, insbesondere der Philosophie, diesen Umstand zu Gunsten eines freien Willens hinweg zu interpretieren, sind unbehilflich. Auch Überlegungen im Rahmen der Emergenz führen zu keinem anderen Resultat. So besteht eine der wichtigsten Erkenntnisse des modernen wissenschaftlichen Weltbildes darin, dass die Welt aus immer denselben kleinsten Bestandteilen zusammengesetzt ist. Auch wenn auf komplexerer Ebene neue Eigenschaften auftauchen, sind diese Eigenschaften letztlich immer auf diese kleinsten Bestandteile und ihre Wechselwirkungen zurückzuführen. Auch die Hirnforschung führt zu keinem anderen Resultat. Vielmehr lässt sich aufgrund der Hirnforschung zeigen, wie uns das Gehirn einen freien Willen vorgaukelt.

Freiheit, wie sie sich viele Menschen vorstellen, gibt es so nicht. Der vielfach verwendete Ausdruck „Freiheit“ ist insofern irreführend.

In der Politik geht es bei der Idee des Liberalismus vielmehr um eine Optimierung der Komplexität von Veränderungsmöglichkeiten und zwar im Verhältnis Staat, Gesellschaft und Individuum. In unserem Staatsleitungsmodell ist diese Optimierung im vierten Schritt, bei der Umsetzung der Staatsziele, anzustreben. Je nach Zielsetzung und Situation ist die Komplexität der Veränderungsmöglichkeiten zu erhöhen, beizubehalten oder zu vermindern.

Daraus ergibt sich, dass die Optimierung der Komplexität von Veränderungsmöglichkeiten situativ zu erfolgen hat. In diesem Zusammenhang von Bedeutung sind das Mass des Wettbewerbs, die Einkommens- und Vermögensverteilung, die Sicherung der Grundversorgung, aber auch die Konzentration des Staates auf strategische Aufgaben mit Betonung einer Holdingstruktur.

In diesem Zusammenhang ist zudem auf die Ideologie des Marktes und des Wachstums zu verweisen. Diese Ideologie ist nicht nachhaltig. Erfahrungen aus jüngster Zeit in westlichen Staaten wie die Finanzkrise der Banken und Versicherungen, die staatlichen Schuldenkrisen und die Anlageschwierigkeiten in Kombination mit der insbesondere für die Sozialwerke ungünstigen

demografischen Entwicklung, dem zunehmenden Ressourcenverbrauch und der zunehmenden Umweltbelastung lassen den Schluss zu, dass die Grenzen dieser Ideologie erreicht sind oder in absehbarer Zeit erreicht werden. Es erscheint wahrscheinlich, dass ein ähnlicher Punkt erreicht ist wie vor der Französischen Revolution. Dannzumal wurde die auf der Landwirtschaft beruhende Gesellschaftsordnung durch eine auf der Industrialisierung beruhende Gesellschaftsordnung abgelöst. Die Industrialisierung hat zu einem enormen Erfolg bei der Güterproduktion geführt. Nunmehr droht der Erfolg dieser Wirtschaftsform ihr aufgrund des dauernden Wachstums und Wachstumszwangs zum Verhängnis zu werden. Deshalb darf die Marktwirtschaft und die damit verbundene Wachstumsideologie nicht als Religion, sondern nur als ordnungspolitische Möglichkeit verstanden werden. Und es ist zumindest im Sinne einer vorbereitenden Massnahme eine wachstumsneutrale Geldpolitik zu entwickeln. Mit diesen Massnahmen kann das Turniersystem der Wettbewerbswirtschaft und das damit verbundene Statusstreben in vernünftige Bahnen gelenkt werden. Die mit einem ungehemmten Wachstum einhergehende Kriminalität wird bei einer Abkehr von der heutigen Vollgaspolitik zu einer Politik mit Reserven ebenso zurückgehen. Und schliesslich vermindert eine Politik mit Reserven die Wirkung von Naturkatastrophen.

Irreführend ist aber auch eine Politik, die die Gleichheit aller Menschen zur Ideologie erhebt. Insbesondere aufgrund der naturwissenschaftlichen Erkenntnisse der Quantenphysik und der Evolutionsbiologie gibt es gerade keine Gleichheit von Lebewesen. So besteht jedes Lebewesen aus unterschiedlichen Konstellationen von Quanten und dementsprechend aus einer unterschiedlichen Zusammensetzung der DNA. Ebenso unterschiedlich sind dementsprechend die Gehirnstruktur, das Wissen und die Erfahrungen sowie die Fähigkeiten der Lebewesen. Für komplexe Strukturen wie den Menschen oder gar die menschliche Gesellschaft erweist sich die These der Gleichheit deshalb als untauglich und geradezu surreal.

Im Rahmen unseres Staatsleitungsmodells kann jedoch die These der Gleichheit durchaus Sinn machen. So ist z.B. das Bedürfnis nach Gleichheit nicht unverständlich, um die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu fördern. Wann

und in welchem Ausmass Gleichheit geboten ist, ist von der Politik im Lichte des obersten Staatsziels zu definieren.

b) Bei der Haltung zur Privatisierung staatlicher, halb- und parastaatlicher Unternehmungen ist zwischen rechtlicher, organisatorischer und finanzieller Privatisierung zu unterscheiden. Die Einzelheiten sind komplex, situatives Handeln angebracht. In der Tendenz sind Privatisierungen auch deshalb anzustreben, weil sich damit der Staat auf seine strategischen Aufgaben konzentrieren kann.

Letzteres gilt auch für die rechtliche Verselbstständigung staatlicher Institutionen im Bereich der Grundversorgung (Gesundheitswesen, Bildungseinrichtungen). Überwiegende Gründe sprechen dafür, dabei eine Rechtsform des Privatrechts zu wählen, so die Aktiengesellschaft, die Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die Genossenschaft oder die Stiftung. Der Vorteil dieser privatrechtlichen Lösungen liegt darin, dass die entsprechenden Rechtsformen gesetzlich bereits ausführlich geregelt sind, mit entsprechender Lehre und Rechtsprechung, dies im Gegensatz zu den oft gewählten spezialgesetzlichen Lösungen des öffentlichen Rechts. Die privatrechtlichen Rechtsformen sind dementsprechend klarer und praxisbewährter geregelt.

Zum Abbau staatlicher Vorschriften, welche die Wirtschaftsfreiheiten und den freien Wettbewerb beschränken, wurde bereits Stellung genommen.

Dasselbe gilt für staatliche Eingriffe zur Förderung des Wettbewerbs (Kartellrecht). Im Übrigen sind Vorschriften wie das Kartellrecht in der Praxis schwer durchsetzbar.

Staatliche Subventionen einzelner Wirtschaftszweige wie bei der Landwirtschaft, kombiniert mit Landschaftsschutz, können sinnvoll sein. Faktisch werden indirekt alle Wirtschaftszweige staatlich unterstützt, da die Wirtschaft auf einen funktionierenden Staat angewiesen ist.

4. Restriktive Finanzpolitik

a) Bei der jetzigen wirtschaftlichen Lage der Schweiz besteht kein Grund, von der bewährten restriktiven Finanzpolitik abzuweichen. Die Verbesserung der Effizienz und Effektivität der Staatstätigkeit ist eine Daueraufgabe. Deshalb darf dem Staat nicht zu viel Geld zur Verfügung gestellt werden, damit diese Daueraufgabe auch wahrgenommen wird. Andererseits darf der Staat nicht finanziell ausgehöhlt werden, sonst kann er seine Rolle als „Last Resort“ nicht ausfüllen.

In diesen Zusammenhang gehören die Ausrichtung der Staatstätigkeit auf strategische Aufgaben und auf Produkte, die Zusammenführung der Sach- und Finanzebene mit Leistungs- und Wirkungszielen der einzelnen Produkte, die Einführung von Globalbudgets, die Vollkosten abbilden, die Einführung von Wettbewerb mit Benchmarking und eine transparente Rechnungslegung.

Steuerwettbewerb und tendenziell tiefe Steuern führen nicht zwingend zu staatlichen Mindereinnahmen, im Gegenteil. Tiefe Steuern ziehen eher Nettosteuerzahler an, hohe Steuern, da die Tarife progressiv sind, eher keine Nettosteuerzahler. Doch bedarf auch der Steuerwettbewerb ordnungspolitischer Schranken. Denn ein bestimmtes Mass an Solidarität unter den Gemeinwesen ist staatserhaltend.

b) Unsere Stellungnahme zu Sparpaketen und anderen Vorschlägen, die primär dem Ziel der Senkung von Staatsausgaben dienen, zu Budgetplänen, welche klare Mehrausgaben des Staates vorsehen, und zu Vorlagen, die Steuererhöhungen oder -erhöhungen vorschlagen, ergibt sich aus obigen Überlegungen.

5. Law and Order

a) Das Strafrecht ist durch ein Durchsetzungsrecht zu ersetzen, wie dies in unserem Aufsatz „Vom Strafrecht zum Durchsetzungsrecht“ dargestellt wurde. An dieser Stelle soll lediglich erwähnt werden, dass die Einheitsmedizin des Strafrechts, nämlich Freiheits- und Geldstrafen, einem Arzt gleicht, der

unabhängig von der Diagnose stets Aspirin verschreibt. Zudem ist das Prinzip des individuellen Verschuldens, das auf der Idee eines freien Willens beruht, wissenschaftlich nicht belegt. Dazu sei auf die Ausführungen unter Ziff. 3. verwiesen.

Konkret gehen unsere Vorschläge u.a. dahin, im Bereich der Massendelikte (Drogen, Strassenverkehr, Ausländer) z.B. Cannabis für den hedonistischen Gebrauch legal zugänglich zu machen, in der Schweiz zugelassene Motorfahrzeuge elektronisch bei 130 km pro Stunde abzuriegeln und die weltweite Bevölkerungszahl zu reduzieren.

b) Staatliche Massnahmen zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit sind zweifellos nötig. Dazu gehört eine entsprechende Polizeipräsenz im öffentlichen Raum, aber auch die Förderung der Sozialkontrolle. Dabei ist zu beachten, dass die öffentliche Sicherheit nicht zuletzt von der Qualität der Staatsleitung insgesamt abhängig ist.

Umfang und Ausstattung von staatlichen Sicherheitskräften (Polizei, Armee, Nachrichtendienste) sind in der Schweiz auf einem adäquaten Niveau. Dabei ist zu beachten, dass die Polizei nicht alle gesellschaftlichen Probleme lösen kann und soll, die Armee Versicherungscharakter hat, wobei bedrohungsbedingt ihre Rolle als Schule der Nation, insbesondere von Führungsqualitäten, leider zurückgeht und dass die Nachrichtendienste von uns nicht beurteilt werden können.

Ein persönliches Selbstverteidigungsrecht mit eigenen Waffen ist im Rahmen des Notwehrrechts sinnvoll. Allerdings ist vor unnötigem Heldentum zu warnen. Die Notwehrpraxis der Gerichte ist unseres Erachtens eher zu streng. Die Ex post-Analyse der Gerichte berücksichtigt zu wenig den Zeitdruck einer Notwehrsituation.

Disziplin und Ordnung im Alltag muss sicher in einem gewissen Masse herrschen, um Streit zu vermeiden. Gleichzeitig sind genug Freiräume zu schaffen. Auch hier spielt die Bevölkerungsdichte eine massgebende Rolle.

Die Abschreckungswirkung des Strafrechts ist grundsätzlich umso höher, je grösser die Chance ist, erwischt zu werden. Dies gilt jedoch nicht uneinge-

schränkt: Not kennt kein Gebot! Dazu sei auf unseren Aufsatz „Vom Strafrecht zum Durchsetzungsrecht“ verwiesen.

6. Restriktive Migrationspolitik

a) Die Schweiz ist heute ein Einwanderungsland. Wirtschaftlich dürfte die Schweiz von der Einwanderung profitieren. Nachteile ergeben sich aufgrund der Bevölkerungsdichte. Die kulturelle Vielfalt hat Vor- und Nachteile. Wiederum sind die Zusammenhänge komplex, so im Verhältnis zur EU.

Aufgrund unserer strategischen Zielsetzung, nämlich der Begrenzung des wirtschaftlichen Wachstums und des Bevölkerungswachstums neigen wir zu einer restriktiven Migrationspolitik, unter Berücksichtigung der Qualifikationen der Migranten.

b) Staatlich (mit)finanzierte Programme zur Integration von Ausländern sind zu fördern, so insbesondere Sprach- und Staatskurse.

Massnahmen zur Beschränkung des Ausländeranteils in verschiedenen Lebensbereichen können sinnvoll sein. So macht die Bevorzugung von Angehörigen der EU-Staaten auf dem Arbeitsmarkt angesichts unserer vielfältigen Verpflichtungen mit der EU Sinn.

Die Einbürgerungspolitik wurde verrechtlicht, der demokratische Prozess zurückgedrängt. Letztlich steht und fällt die Qualität der Einbürgerungsentscheide mit der Qualität der entsprechenden Entscheidungsprozesse. Wir neigen zu einer zurückhaltenden Einbürgerungspraxis.

Die Flüchtlings- und Asylpolitik muss rasche Entscheidungen und einen raschen Vollzug gewährleisten.

Politische Rechte der Ausländer sind abzulehnen, da systemwidrig.

7. Ausgebauter Umweltschutz

a) Im Zusammenhang mit dem Umweltschutz ist es entscheidend zu erkennen, dass zwischen Bevölkerungszahl, Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung ein unauflöslicher Zusammenhang besteht. Deshalb sind für den Umweltschutz die Bevölkerungszahl und der Ressourcenverbrauch entscheidend. Wir erhoffen uns von der Senkung der weltweiten Bevölkerungszahl einen entscheidenden Einfluss auf den Ressourcenverbrauch und die Umweltbelastung und damit die Einleitung einer nachhaltigen Entwicklung. Dies benötigt jedoch Generationen. Deshalb und auch aus grundsätzlichen Überlegungen ist es unumgänglich, Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung insbesondere durch technische Massnahmen zu beschränken. Es besteht die Hoffnung, dass durch den technischen Fortschritt eine nachhaltige Entwicklung möglich wird, ohne dass die Bevölkerungszahl allzu stark reduziert werden muss. Derartige technische Massnahmen sind Legion, ihre Wechselwirkungen komplex.

b) Staatlich vorgeschriebene bzw. geförderte Massnahmen zum Schutz der Umwelt werden unterstützt, wenn sie verhältnismässig sind. Angesichts der sogenannten Tragödie der Allmende ist von Freiwilligkeit zu wenig Wirkung zu erwarten.

Die Nutzung erneuerbarer Energiequellen sowie deren staatlicher Förderung werden unterstützt, wenn sie verhältnismässig sind, wiederum aufgrund der Tragödie der Allmende.

Kann auf Kernenergie gänzlich verzichtet werden? Der Bundesrat hat sich am 25. Mai 2011 dafür entschieden, aus der Kernenergie auszusteigen. Er will den Wegfall der Kernenergie mit dem Ausbau erneuerbarer Energien und Einsparungen kompensieren. Für die Übergangsphase sei mindestens ein Gaskombikraftwerk notwendig. Die Aussage des Bundesrates betreffend Gaskombikraftwerk zeigt, dass die Substitution der Schweizerischen Kernkraftwerke durch erneuerbare Energien - zumindest zeitgerecht - nicht möglich ist. Die Aussage impliziert zudem, dass es nicht gelingen wird, den Wegfall der Kernenergie lediglich durch Einsparungen und Effizienzsteigerungen (inkl. Gebäudetechnik) zu kompensieren. Da Gaskombikraftwerke die CO₂-

Bilanz massiv negativ beeinflussen, kommt man nicht umhin, zwischen zwei Übeln das kleinere zu wählen: Gaskombikraftwerk oder Kernkraftwerk? Aus all den genannten Gründen ist es zweckmässig, die Erforschung der Kernenergie der Generation IV weiter zu verfolgen und sich dem möglichen Bau eines Kernkraftwerks der neusten Generation nicht a priori zu verschliessen.

Eine ökologische Steuerreform wird grundsätzlich unterstützt, darf aber nicht zu einer erhöhten Abgabelast führen.

Einschränkende Massnahmen im Bereich des privaten motorisierten Verkehrs sowie Ausbau und Förderung des öffentlichen Verkehrs müssen verhältnismässig sein. Falls die Massnahmen lediglich zu Stau und Parkplatzsuchverkehr des privaten motorisierten Verkehrs führen, sind sie abzulehnen. Sinnvoll ist unseres Erachtens die elektronische Abriegelung der Geschwindigkeit von in der Schweiz zugelassenen Motorfahrzeugen bei 130 Kilometern pro Stunde.

Massnahmen im Bereich Tierschutz (inkl. einheimische Wild- und Raubtiere) sind in der Schweiz auf einem international hohen Niveau. Bei Tierschutzorganisationen ist darauf zu achten, dass der Tierschutz im Vordergrund steht und nicht die eigenen Interessen der entsprechenden Organisationen. Die Wiederansiedlung von Raubtieren wie Bären ist unzweckmässig.

Renaturierungs- und Naturschutzprojekte werden grundsätzlich begrüsst. Unsere schöne Natur ist für unsere Lebensqualität und den Tourismus wichtig.

8. Ausgebauter Sozialstaat

a) Eine Vereinfachung ist wünschenswert, da das heutige System mit rund zehn Sozialversicherungszweigen sehr kompliziert und administrativ aufwendig ist und auch grosse Probleme bei der Koordination der Leistungen bereiten.

Im Bereich der Pensionskassen bereiten die demografische Entwicklung und langfristig sinkende Vermögenserträge zunehmend Schwierigkeiten. Die

Finanzierung und die Leistungen der Pensionskassen sind entsprechend anzupassen.

b) Umfang und Zugänglichkeit von staatlichen Sozialleistungen ist angesichts langfristiger Entwicklungen auf dem heutigen Niveau gefährdet. Dies gilt insbesondere auch dann, wenn eine Abkehr von der heutigen Wachstumspolitik erfolgt. Missbrauch ist konsequent zu bekämpfen.

Die Förderung privater Vorsorgeformen und sozialer Eigenverantwortung wird begrüsst und ist steuerlich zu begünstigen.

9. Liberale Gesellschaft

a) Zur Idee des Liberalismus resp. der Freiheit wurde bereits unter Ziff. 3. Stellung genommen.

Grundsätzlich wird eine Gesellschaft mit möglichst komplexen Veränderungsmöglichkeiten begrüsst, da dies komplexe geistigen Strukturen, Ideen respektive Meme, fördert. Dazu gehört neben der Möglichkeit zu vielfältigen Partnerschafts- und Familienformen insbesondere eine Akzeptanz verschiedener Antworten auf Sinnfragen, seien diese nun eher philosophischer oder religiöser Natur. Allerdings haben wir zu Sinnfragen unsere eigenen Antworten entwickelt, denen sich andere Vorstellungen in einem Wettbewerb stellen müssen. Das Studium generale wird dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

b) Die „freie“ Gestaltung der persönlichen Lebensform ist zu begrüssen, wenn auch vor Illusionen in Bezug auf „Freiheit“ zu warnen ist. Bei der individuellen Gestaltung seines Lebens muss der Mensch beachten, dass er Bestandteil der kosmischen, biologischen und kulturellen Evolution ist.

Der gesellschaftliche Umgang mit unerwünschten oder tabuisierten Handlungen soll von Toleranz geprägt sein, insbesondere aufgrund des unbekanntenen Sinns des Daseins. Wir setzen auch hier auf den Ideenwettbewerb.

Zu religiösen Fragen und zur Rolle von Religionen, Schöpfungslehre und Kirche für Individuum und Staat haben wir ausführlich in unserem Programm

Stellung genommen. So sind insbesondere die religiösen Fragen auf der Grundlage der naturwissenschaftlichen Vorstellung über die Evolution zu beantworten, unter Ausarbeitung entsprechender Rituale und Symbole.

Die Religionsfreiheit ist, unter weitest möglicher Trennung von Kirche und Staat, zu gewährleisten.

10. Obsoletes

a) Die Umsetzung des strategischen Teils unseres Programms macht zahlreiche Themenbereiche der acht Smartspiderachsen weitgehend obsolet. Dies sei im Folgenden dargestellt, allerdings summarisch, da sich vieles aus unserem Programm bereits direkt oder indirekt ergibt.

b) Die Gründung eines Weltstaates macht Aussenpolitik obsolet. Obwohl viele international geregelte Themen auch mit einem Weltstaat geregelt werden müssen, ist dies wesentlich einfacher als mit der heutigen nationalstaatlichen Organisation. Zudem entfallen gewisse Themenbereiche weitgehend, z.B. die Militärpolitik.

Statt für eine liberale Wirtschaftspolitik sind wir aus den genannten Gründen für eine Politik, auch eine Wirtschaftspolitik, die die Komplexität von Veränderungsmöglichkeiten optimiert. Dieses Thema wird auch in Zukunft bestehen bleiben. Allerdings erwarten wir von der Umsetzung unseres Programms, vor allem vom Studium generale und unserem Staatsleitungsmodell, deutlich bessere Lösungen als heute. Aufgrund der weltweiten Bevölkerungsreduktion auf gut eine halbe Milliarde Menschen werden auch die Verteilungskämpfe um Ressourcen und der Wettbewerbsdruck massiv zurückgehen. Die Grundversorgung wird sich ohne weiteres sicherstellen lassen.

Eine restriktive Finanzpolitik ist ein Dauerthema. Die Umsetzung unseres Programms wird jedoch zu deutlichen Einsparungen führen, so u.a. bei den Militär- und Rüstungsausgaben, aber auch bei den Kosten für Ressourcen.

Law and Order wird auch nach Umsetzung unseres Programms ein Thema sein. Doch der massiv abnehmende wirtschaftliche Druck und die geringe Bevölkerungsdichte werden viele Probleme lösen. Auch unsere evolutionäre Religion, die Sinnsuche und unsere Ideen zu Partnerschaft und Familie werden es uns allen leichter machen, sich an Regeln zu halten.

Eine restriktive Migrationspolitik ist bei Umsetzung unseres Programms nicht mehr nötig. Weltstaat und Bevölkerungsreduktion lassen das Thema Migration nahezu obsolet werden.

Der Umweltschutz ist auch nach Umsetzung unseres Programms zu beachten. Doch erleichtert die Bevölkerungsreduktion wie auch die Abkehr vom wirtschaftlichen Wettbewerbsdruck und Wachstumszwang die Aufgabe massiv.

Ein Sozialstaat wird auch nach Umsetzung unseres Programms nötig sein. Diesen zu erhalten, wird aber aus denselben Gründen, die zur restriktiven Finanzpolitik aufgeführt wurden, deutlich einfacher als heute.

Die liberale Gesellschaft oder besser die Optimierung der Komplexität von gesellschaftlichen Veränderungsmöglichkeiten wird durch unser Programm gefördert. Dazu sei auf unsere Akzeptanz verschiedener Antworten auf die Sinnfragen, seien diese nun eher philosophischer oder religiöser Natur, auf die vielfältigen Partnerschafts- und Familienmodelle und nicht zuletzt auf das Studium generale verwiesen, das den Ideenwettbewerb fördert. Schliesslich ermöglicht eine geringe Bevölkerungsdichte mehr Toleranz gegenüber einer individuellen Lebensgestaltung.

Internet: www.strategiepartei.ch/partei/parteiprogramm.pdf

III. Quellenangaben

1. Primärliteratur

- Saner, Luc et. al., Der Sinn des Daseins, Basel 2000
Saner, Luc et. al., Ein Staatsleitungsmodell, Basel 2000
Saner, Luc, Der 11. September, Basel 2002
Saner, Luc et. al., Religionen, Rituale und Symbole, Basel 2002
Saner, Luc, Evolution und Religionen, Basel 2004
Saner, Luc, Basel – Stadt der Ideen – Geld und Geist, Basel 2005
Matter, Roland, Verleugnung der Grenzen des Wachstums, Basel 2006
Saner, Luc, New Public Management, Basel 2006
Saner, Luc et. al., Partnerschaft und Familie, Basel 2006
Saner, Luc, Der Weltstaat, Basel 2008
Saner, Luc, Evolution, Gott und Wahrheit, Basel 2008
Saner, Luc, Staatsleitung und politische Parteien, Basel 2008
Saner, Luc, Statussymbole, Basel 2008
Saner, Luc et al., Grundlagen des Studium generale, Basel 2008
Binswanger, Hans Christoph, Die Wachstumsspirale in der Krise – Ansätze
zu einer nachhaltigen Entwicklung, Zürich 2009
Saner, Luc, Programm der Basler Gesellschaft Au Bon Sens, 2. Auflage,
Basel 2009
Saner, Luc, Ziele, Basel 2010
Schwab, Klaus, Neue Wege der globalen Zusammenarbeit, Zürich 2010
Saner, Luc, Vom Strafrecht zum Durchsetzungsrecht, Basel 2011
Saner, Luc und Überwasser, Heinrich, Praxistest der Rechtsetzung, Basel
2012

2. Elektronische Quellen

- www.aubonsens.ch
www.smartvote.ch
www.strategiepartei.ch/partei/parteiprogramm.pdf

IV. Kontakt

1. Anschrift

Strategiepartei
Beim Goldenen Löwen 13
CH-4052 Basel

2. So erreichen Sie uns

Telefon ++41 (0)61 272 39 12
Fax ++41 (0)61 272 39 11
E-Mail info@strategiepartei.ch
Internet www.strategiepartei.ch

3. Bankverbindung

Coop Bank
CH-4002 Basel

IBAN CH62 0844 0255 8730 7200 1
Swift COOPCHBB